

Wohnungslose erhalten mehr Hilfe

Verwaltung stellt Konzept im Sozialausschuss vor

Von unserem Redaktionsmitglied
Michael Rudolphi

Baden-Baden. Die Stadt möchte ihre Angebote bei der Wohnungslosenhilfe weiter ausbauen. Iska Dürr, die Leiterin des Fachbereichs Bildung und Soziales, informierte den Sozialausschuss über vier Projekte, um der Notlage Wohnungslosigkeit zu begegnen. Ziel sei es, im kommenden Doppelhaushalt 2020/21 die dafür erforderlichen Ausgaben bereitzustellen.

Dürr zufolge gelingt es der städtischen Fachstelle Wohnraumsicherung derzeit kaum, Wohnungen zu akquirieren oder zu erhalten. Der aktuelle Engpass bei bezahlbaren und sozialrechtlich angemessenen Wohnungen erschwere es Obdachlosen, in selbst angemietete Wohnungen auf dem freien Markt zurückzukehren. Häufig kämen persönliche Probleme wie Alkohol- und Drogenabhängigkeit, psychische Erkrankungen oder Verschuldung hinzu. Zwar sei es im laufenden Jahr gelungen, in 92 Prozent der Fälle die drohende Wohnungslosigkeit abzuwenden. Da aber die Zahl der prekären Wohnverhältnisse zugenommen habe, steige auch der Anteil der Menschen, die in städtischen Notunterkünften lebten.

Ein Vorhaben, um dieser Entwicklung zu begegnen, ist das Projekt „Lotsen aus der Wohnungslosigkeit“. Es richtet sich an wohnungslose Menschen, die Unterstützung benötigen, um soziale Schwierigkeiten zu lösen, die deren Teilhabe an der Gesellschaft erschweren. Es geht darum, die Betroffenen bei der Wohnungssuche zu begleiten und ihnen Hilfsange-

bote zu vermitteln. Dürr zufolge beteiligen sich aktuell vier Familien an diesem Projekt. Seit dessen Start habe eine Person eine Wohnung gefunden.

„AusWegweiser“ ist ein weiterer Baustein des erweiterten Hilfsangebots. In Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und dem Caritasverband möchte die Stadt Jugendliche und junge Erwachsene, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, dazu motivieren, im Regelsystem zu verbleiben oder in es zurückzukehren. Ein Schulabschluss oder beruflicher Einstieg sollen dazu beitragen, sie in selbst finanzierte Wohnungen zu vermitteln.

Das Projekt „Baden bietet – Baden mietet“ greift zwei Ansätze auf. Nach Auskunft der Fachbereichsleiterin geht es zum einen darum, Eigentümer zu bewegen, Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen. Zum anderen möchte die Stadt durch finanzielle Anreize und Sicherheiten Vermieter für das Vorhaben gewinnen.

Der vierte Punkt des Konzepts sieht vor, in den städtischen Notunterkünften die Stelle einer Hausleitung zu etablieren. Dürr zufolge gilt der Fokus dabei zunächst der größten städtischen Unterkunft „Westliche Industriestraße“ mit mehr als 100 Wohnplätzen.

Die zahlreichen Vorfälle von Gewaltkriminalität in den vergangenen Monaten zeigten, dass dort dringend Handlungsbedarf bestehe. Nach Dürrs Ansicht sind eine verlässliche Anlaufstelle und eine Bezugsperson in der Unterkunft notwendig, um alltägliche Probleme und kleinere Konflikte der Bewohner möglichst niederschwellig und rasch zu lösen.

Stadt bietet Vermietern Sicherheiten
